

# Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen

## Probleme und Handlungsstrategien

*Thomas Stimpel/Thomas Olk*

### Zusammenfassung

Rechtsextremismus im ländlichen Raum – ein Thema, das zunehmend mediale Aufmerksamkeit erregt. Oft erfolgen bei Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund kurze, unausgewogene und reißerische Berichterstattungen – und zurück bleibt meist eine stigmatisierte, ratlose Anwohnerschaft in der betreffenden Region. Aber wie „hilflos“ sind die verbliebenen Bewohnerinnen und Bewohnern gegenüber rechtsextremen Gruppierungen sowie deren rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einstellungen wirklich? Stehen sie diesen Einstellungen machtlos gegenüber, ohne jegliche Handlungsoption? Oder anders gefragt: Wie hätte den rechtsextremen Auswüchsen möglicherweise bereits im Vorfeld begegnet werden können? Insbesondere der Frage nach präventiven Strategien, also inwieweit in demokratischen Gesellschaften rechtsextreme Erscheinungsformen und Einstellungsmuster möglichst verhindert und vermieden werden können, widmet sich dieser Beitrag. Die Autoren beziehen sich in diesem Zusammenhang auf drei, aus ihrer Sicht zentrale Handlungsoptionen, die beispielhaft verdeutlichen sollen, wie die Aktivierung der örtlichen zivilgesellschaftlichen Potenziale gelingen kann, um so rechtsextremen „Kümmerer“-Strategien den Wind aus den Segeln zu nehmen.

## 1. Einleitung

„Allein unter Nazis“ betitelte DER SPIEGEL (vgl. 1/2011, S. 40-41) einen Beitrag, der sich mit dem Dorf Jamel in Mecklenburg-Vorpommern befasst, welches – abgesehen von einem Künstlerehepaar, das „den Rechten Widerstand leistet“ – „komplett von Nazis beherrscht wird“. Der Artikel greift das Thema Rechtsextremismus im ländlichen Raum auf und schildert die (vermeintliche) Hilflosigkeit der verbliebenen Bewohnerinnen und Bewohnern gegenüber rechtsextremen Gruppierungen sowie deren rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einstellungen. Das Lesen des Artikels führt unweigerlich zu der Frage danach, inwieweit in demokratischen Gesellschaften solche Auswüchse verhindert und vermieden werden können bzw. welche Möglichkeiten bestehen, diesen aktiv zu begegnen.

Der Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen im ländlichen Raum war auch ein zentrales Thema im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent.



Thomas Olk, Professor für Sozialpädagogik/Sozialpolitik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Forschungsschwerpunkte: Kommunale Bildungsforschung, Engagementforschung, Jugendhilfeforschung. Aktuelle Veröffentlichung: Olk/Hartner (Hg.) (2011): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement



Thomas Stimpel, M.A., wiss. Mitarbeiter, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Forschungsschwerpunkte: Governanceforschung, Kooperationsforschung. Aktuelle Veröffentlichung: Stimpel/Olk (2012): Zivilgesellschaft stärken – In: Beutel u.a. (Hrsg.): Jahrbuch Demokratiepädagogik

für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“.<sup>1</sup> Zur Bearbeitung der Thematik wurde das Modellprojekt „Zivilgesellschaft stärken. Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus im strukturschwachen ländlichen Raum“ initiiert. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Berlin) und die Akademie für Sozialpädagogik & Sozialarbeit e.V. in Halle (Saale) wurden damit beauftragt, eine Handreichung zu erarbeiten, die praxisnahe Handlungsempfehlungen für lokale Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und vor allem Zivilgesellschaft zur Verfügung stellt, wie auf die zunehmende Ausbreitung und Verankerung rechtsextremer Aktivitäten und Strukturen im (strukturschwachen) ländlichen Raum und die daraus resultierenden Gefahren reagiert bzw. wie die Verbreitung möglichst im Vorfeld unterbunden werden kann (vgl. Beyer/Olk/Stimpel u.a. 2010).

qualitative Fallstudie

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Handlungsempfehlungen wurde eine exemplarische qualitative Fallstudie im Altmarkkreis Salzwedel im Bundesland Sachsen-Anhalt durchgeführt. Es wurde untersucht, wann und mit welchen Argumenten kommunale Akteure Unterstützung im Kampf gegen Rechtsextremismus wünschen, anfragen und akzeptieren. Ebenso wurde danach gefragt, welche Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtsextremismus entwickelt und mit welchem Erfolg sie bisher umgesetzt wurden (vgl. ausführlich Stimpel/Olk 2012).

Im Folgenden geht es darum nachzuzeichnen, welche Erscheinungsformen der Rechtsextremismus insbesondere in ländlichen Regionen annimmt und mit welchen Strategien versucht wird, diesen Aktivitäten und Ausdrucksformen des Rechtsextremismus zu begegnen. Wir beschränken uns hier auf einige zentrale Entwicklungen, die beispielhaft demonstrieren, in welchen Formen sich der Rechtsextremismus in ländlichen Räumen zeigt und mit welchen Schwierigkeiten sich Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung dieser Phänomene konfrontiert sehen<sup>2</sup>.

## 2. Problemstellung: „Rechte Kümmerer“

der Wandel  
rechtsextremer  
Artikulationsformen

Eine zentrale Herausforderung für die Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen ist der Wandel rechtsextremer Artikulationsformen, wie er in den letzten Jahren nicht nur in der Untersuchungsregion zu beobachten war: Aus Aktions- und Selbstinszenierungsformen, die durch die vermeintlich typischen Insignien wie Gewaltbereitschaft, entsprechendes Outfit (Springerstiefel, Glatze etc.) gekennzeichnet sind, sind scheinbar „ansprechendere“ Inszenierungsformen getreten, die sowohl vom Outfit als auch vom Auftreten nicht immer deutlich zu erkennen geben, um was es sich hier konkret handelt.

Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind keine ausschließlich in ländlichen Gebieten auftretenden Phänomene. Ganz im Gegenteil. Jedoch bestehen in ländlichen Regionen spezifische Bedingungen, die eine Ausbreitung bzw. Verfestigung rechtsextremer Strukturen begünstigen (können). Die Ausdünnung der sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und

politischen Infrastruktur bietet rechtsextremen Gruppierungen einen möglichen Nährboden: Sie füllen die Lücken mit eigenen Angeboten und bieten oftmals einfache „Erklärungen“ für die subjektiv meist eher als schlecht empfundene Lage in der Region an – hervorgerufen durch vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit, wenige kulturelle und Freizeitangebote etc. So besetzen sie Strukturen im Jugendbereich und verschaffen sich dort zunehmend Akzeptanz, wenn sie nicht sogar als hilfreiche Partner erlebt werden (vgl. z.B. Borstel 2009). Genau diese Rolle – nämlich als „hilfreiche Partner“ gesehen zu werden – versuchen rechtsextreme Gruppierungen immer stärker zu bedienen. Rechtsextreme Gruppierungen nutzen zunehmend jede Gelegenheit, sich als „Kümmerer“, als die vermeintlich Einzigen, die sich der Probleme der verbliebenen Bevölkerung annehmen, zu präsentieren. Kleine Gruppen von Gleichgesinnten, die sich zumeist abseits der Öffentlichkeit zusammenfinden, avancieren seit einiger Zeit zu „Neonazis in Nadelstreifen“ (vgl. Röpke/Speit 2008), „Freunden und Helfern“ (vgl. Simon 2009: 66) bzw. „Kümmerern mit Seitenscheitel“<sup>43</sup>. Diese neuen Strategien sind als Versuch der (stärkeren) Verankerung der (kameradschaftlich und parteipolitisch organisierten) Neonazis im bürgerlichen Umfeld zu werten. Rechtsextreme nutzen Bürgerfeste, Formen des bürgerschaftlichen Engagements (z.B. Aufbau oder Pflege von Spielplätzen, Seniorenbetreuung, Aufräumaktionen), Aufrufe zur Blutspende, die Organisation von Freizeitangeboten, Hüpfburgen, Wahlkämpfe usw. als Instrumente und Methoden, um mit den Bürgern in Kontakt zu kommen und zielgerichtet ihre Positionen zu verbreiten. Diese Öffnungsstrategien der Rechtsextremen zielen in letzter Konsequenz auf die „Normalisierung“ bzw. „Veralltäglichung“ des Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft ab. Genau solche Tendenzen konnten wir auch in unserer Untersuchungsregion beobachten.

„hilfreiche Partner“

„Neonazis in Nadelstreifen“

Es zeigte sich sehr deutlich, dass solche Veränderungen in den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu erheblichen Problemen bei deren Bekämpfung führten. Denn wenn Rechtsextreme als „Kümmerer“ mit gut bürgerlicher Fassade auftreten, kann zumindest nicht mehr auf die üblichen Bereitschaften der Mehrheit der Bevölkerung zur Abgrenzung gegenüber Gewalttätern gesetzt werden. Stattdessen kommt es – wie auch in unserer Untersuchung deutlich wurde – zur Verharmlosung rechtsextremer Ausdrucksformen und zur Normalisierung bestimmter politischer Einstellungen. So werden schon einmal Personen, die zwar eine rechtsextreme Einstellung aufweisen, aber äußerlich vor allem als gute Mitbürger auftreten, als Menschen bezeichnet, die vielleicht in ihrem Privatbereich eine extreme politische Position vertreten, aber in ihrem Handeln doch insgesamt am Gemeinwohl des örtlichen Gemeinwesens orientiert sind. Solche Tendenzen sind aus zwei Gründen nahe liegend: Zum einen engagieren sich diese Personen nicht selten im Gemeinwesen – z.B. als Jugendtrainer in der Fußballmannschaft, als Vorsitzende von Vereinen oder als Elternvertreter in der Schule. Zum anderen handelt es sich gerade im ländlichen Raum um Personen „von nebenan“, also um Mitbürgerinnen und -bürger, die man von klein auf kennt und mit denen man viele Berührungspunkte im alltäglichen Leben hatte und immer noch hat. Vor diesem Hintergrund stellt sich um so mehr die Frage, wie mit diesen Phänomenen vor Ort umgegangen werden kann und welche Maßnahmen und Strukturen geeignet sind, um die Entstehung solcher und anderer Formen von Rechtsextremismus (möglichst) zu verhindern.

Verharmlosung  
Normalisierung

### 3. Präventive Strategien zur Vermeidung von Rechtsextremismus in ländlichen Räumen

Ein Hebel, mit dem solchen „Kümmerer“-Strategien der Wind aus den Segeln genommen werden kann, ist die präventive Stärkung der örtlichen Zivilgesellschaft durch die Aktivierung der demokratischen Potenziale des ländlichen Gemeinwesens. Der Grundgedanke ist hierbei folgender: Wenn es zutrifft, dass ein Teil des Erfolgs von rechtsextremen Personengruppen in ländlichen Räumen darauf zurückgeht, dass die Zivilgesellschaft gerade in diesen Regionen geschwächt ist, zum Beispiel weil die Infrastruktur von Vereinen, Verbänden und Parteien ausgedünnt und die Ressourcenausstattung dieser Organisationen defizitär ist sowie kommunikative Räume dörflichen Zusammenlebens fehlen, dann könnte eine Gegenstrategie darin bestehen, genau diese Zivilgesellschaft zu stärken und zu aktivieren, um damit rechtsextremen Bestrebungen und Akteuren gewissermaßen den öffentlichen Raum streitig zu machen.

#### 3.1 Kommunale Strategien zur Rechtsextremismusprävention

zunehmende  
Entpolitisierung

In unseren empirischen Analysen wurde immer wieder deutlich, dass ländliche Regionen durch eine *zunehmende Entpolitisierung* gekennzeichnet sind. Die immer geringere Präsenz demokratischer Parteien, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlicher Organisationen usw. zeigt sich besonders deutlich in Zeiten von Wahlkämpfen, wenn in manchen Dörfern und Städten fast ausschließlich Plakate und Parolen rechtsextremer Parteien zu sehen sind. Die Bürgerinnen und Bürger gewinnen den Eindruck, dass die großen Volksparteien sich aus der Fläche der ländlichen Regionen zurückziehen und damit die ländliche Bevölkerung mehr oder weniger im Stich gelassen wird. Je schwächer allerdings die demokratischen Strukturen und Formen des Miteinanders ausgebildet sind, desto größer ist das Einfallstor, sind die Nischen für rechtsextreme Personen, Gruppen oder Parteien.

Potenziale des  
demokratischen  
Gemeinwesens

Wie kann nun unter diesen Bedingungen die örtliche Zivilgesellschaft gestärkt werden? Als eine präventive Gegenstrategie zu solchen Entwicklungen hat sich in vielen Kommunen die Erarbeitung kommunaler Aktionspläne – gemeinsam durch Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft – erwiesen. Angeregt durch zivilgesellschaftliche Akteure wird in gemeinsamer Anstrengung eine Analyse der örtlichen Situation durchgeführt und auf dieser Grundlage ein Handlungskonzept erarbeitet. Allerdings kann dafür kein Patentrezept erstellt werden. Vielmehr ist es notwendig, dass sich Aktionspläne an den *spezifischen lokalen Rahmenbedingungen orientieren*. Hierfür müssen die jeweiligen Potenziale des demokratischen Gemeinwesens identifiziert und ausgeschöpft werden. Das können z.B. ein aktives und vielfältiges Vereinsleben, aber auch für Bürgerbeteiligung geöffnete Institutionen und Behörden sein. Oft ist hierfür die Unterstützung durch ein wissenschaftliches Institut oder eine entsprechend qualifizierte Person vor Ort (z.B. der für Planung verantwortliche Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung) erforderlich. Wissenschaftliche Sozialraum- bzw.

Kommunalanalysen sind Instrumente, um Demokratiepotenziale im Gemeinwesen, aber auch Demokratie gefährdende Elemente zu identifizieren, um darauf aufbauend Handlungsempfehlungen und Strategievorschläge für die Kommune zu erarbeiten. Ein wichtiger Schritt ist in diesem Zusammenhang, die vorhandenen *zivilgesellschaftlichen und demokratischen Potenziale des örtlichen Gemeinwesens sichtbar zu machen* (z.B. Vielfalt der Vereine, engagierte Bürgerinnen und Bürger, Kirchen), denn diese sind im ländlichen Raum wichtige Pfeiler für demokratisches Handeln – und damit leisten sie bereits einen wichtigen eigenständigen Beitrag zur Rechtsextremismusprävention. Zudem richtet sich durch eine solche Herangehensweise der Blick nicht auf die Defizite, sondern auf die Potenziale einer Kommune oder Region. Daran anschließend empfiehlt sich die *Initiierung eines Klärungs- und Beteiligungsprozesses* in der Kommune. Für eine langfristige und erfolgreiche Wirkung präventiver Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus ist eine detaillierte Planung wünschenswert. Erfahrungen liegen diesbezüglich bereits in Form von „Lokalen Aktionsplänen“<sup>4</sup> vor. Im Mittelpunkt stehen Prozesse der Auseinandersetzung vor Ort über die Wahl von Ansätzen und Aktivitäten zur Rechtsextremismusprävention, denn die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene betrifft nicht nur eine Gruppe, eine Strategie oder eine verantwortliche Institution, sondern es handelt sich um einen Prozess mehrerer ineinandergreifender (integrierter) Strategien und Herangehensweisen. Der Klärungs- und Beteiligungsprozess verfolgt hierbei das Ziel, eine Verständigung über die Problemlage im Gemeinwesen, über die demokratischen Grundsätze, über die Positionierung des Gemeinwesens sowie die Defizite und Ressourcen herzustellen. Darauf aufbauend folgt die Entwicklung konkreter Maßnahmen und Qualitätskriterien, die Erarbeitung von Leitbildern, die Definition von Schlüsselpersonen (Meinungsträgern) usw.

Klärungs- und Beteiligungsprozess

Kommunale Strategien dieser Art müssen als *langfristige Netzwerkarbeit* angelegt sein. So hat sich z.B. in der von uns untersuchten Region ein Netzwerk von Akteuren aus der Kinder- und Jugendarbeit, Kirche, Beratungsinstitutionen gegen rechtsextremistische Bestrebungen usw. gebildet, dessen zentrale Aufgabe darin besteht, Strategien und Handlungsansätze gegen rechtsextremistische Bestrebungen zu entwickeln und gemeinsam mit möglichst vielen weiteren Partnern umzusetzen. Wenn unterschiedliche Akteure in Netzwerken und Bündnissen zusammen arbeiten, können sie ihre Lobbyposition nach außen stärken und ihre meist knappen Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten bündeln. Es ist dann viel wahrscheinlicher, dass es gelingt, das Gemeinwesen für das Thema zu *sensibilisieren*. Ein Erfolgsfaktor solcher Strategien besteht vor allem auch darin, Entscheidungsträgerinnen und -träger in kommunaler Politik und Verwaltung ins Boot zu holen und sie zu überzeugen mitzumachen.

langfristige Netzwerkarbeit

Dies ist insbesondere auch deshalb so wichtig, weil gerade die politisch und administrativ Verantwortlichen dazu neigen, rechtsextreme Aktivitäten und Erscheinungsformen in ihrer Bedeutung herunterzuspielen, da sie glauben, auf diese Weise einen Imageschaden für die betroffene Gemeinde bzw. den betroffenen Landkreis zu vermeiden. Wie die Erfahrungen mit einschlägigen rechtsextremistischen Erscheinungsformen und daraus folgenden Konflikten belegen, haben Strategien des „Wegduckens“ und des Verharmlosens zumeist das Ge-

genteil von dem erzeugt, was man erreichen wollte: Rechtsextreme Gruppierungen fühlten sich in ihren Handlungen bestätigt und ermutigt und die Protestaktionen zivilgesellschaftlicher Gruppen nahmen eher ab als zu mit der Folge, dass die betreffende Gemeinde erst recht in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit geriet. Es ist daher sehr wichtig, gerade die politischen Entscheidungsträger sowohl im Gemeinde- und Ortsbeirat als auch Landräte und Bürgermeister davon zu überzeugen, dass klare öffentliche Stellungnahmen für Toleranz und Vielfalt und gegen die Aktionen rechtsextremer Gruppierungen auf lange Sicht erfolgreicher sind als Beschwichtigungen und Verharmlosungen. Dabei haben gerade die „örtlichen Honoratioren“ eine Vorbildfunktion. Sie beeinflussen durch ihre Art des Umgangs mit dem Rechtsextremismus in hohem Maße die politische und öffentlich-mediale Kultur einer Gemeinde.

Öffnung von  
Bildungs-  
institutionen

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Potenziale ist die Öffnung von Bildungsinstitutionen für das umliegende Gemeinwesen und die Sensibilisierung dieser Institutionen für Fragen der Demokratiepädagogik und des bürgerschaftlichen Engagement. Schulen, Kitas, Orte und Angebote der Jugendarbeit usw. bieten Gestaltungsspielräume für demokratisches Lernen und die Erprobung des bürgerschaftlichen Engagements. Werte und Normen wie etwa Toleranz und Respekt müssen frühzeitig erlernt, erprobt und eingeübt werden. Politische Bildung, Beteiligung in der Schule und die Nutzung des bürgerschaftlichen Engagements für Bildungsprozesse sind vielversprechende Ansatzpunkte. Hierfür bietet sich z.B. das Service-Learning an, eine Unterrichtsmethode, die gesellschaftliches Engagement von Schülerinnen und Schülern mit fachlichem Lernen im Unterricht verbindet und die sich zur Förderung der demokratischen Praxis im schulischen Alltag besonders eignet.

Kooperation von  
Schule und zivil-  
gesellschaftlichen  
Organisationen

Die in den letzten Jahren erfolgte Ausweitung ganztagsschulischer Angebote hat neue Möglichkeiten der Kooperation von Schule und zivilgesellschaftlichen Organisationen eröffnet. So sind ganztagsschulische Konzepte in der Regel so angelegt, dass der Ganztags als ein Kooperationsprojekt zwischen Schule und außerschulischen Akteuren wie freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit, Sport- und Kulturverbänden angelegt ist. Diese Konstellation bietet neue Chancen der Öffnung von Schule für bürgerschaftliches Engagement und demokratisches Handeln. Denn gerade Jugendverbände sind nach wie vor Orte, in denen Gleichaltrige in Selbstorganisation und auf freiwilliger Basis soziale und kulturelle Kompetenzen erwerben sowie Partizipation und Mitgestaltung erleben (vgl. Fauser/Fischer/Münchmeier 2006). Da Kinder und Jugendliche in ländlichen Räumen aufgrund der langen Anfahrtswege zur Schule vor allem in der Woche wenig zeitliche Ressourcen für außerschulische Aktivitäten haben, bietet die Kooperation von (Ganztags-)Schulen und Jugendverbänden den Verbänden einen Zugang zur ländlichen Jugend und den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, von den spezifischen Formen der Geselligkeit und des Lernens in Jugendverbänden zu profitieren.

Jugendverbände

Ein Blick auf die Situation der Jugendverbände im ländlichen Raum zeigt allerdings, dass die Vereine und Verbände in solchen Regionen keine „Insel der Glückseligkeit“ sind. So sind gerade die Jugendverbände auf dem Lande ein Spiegel der ländlichen Jugend. Wenn aber rechtsextreme Einstellungen in bestimmten Regionen weit verbreitet sind, dann ist damit zu rechnen, dass diese

Einstellungen auch unter Mitgliedern von Jugendverbänden artikuliert werden. Die Vereine müssen sich daher gegen die immer wieder zu Tage tretenden Versuche rechtsextremer Unterwanderung sowie für den Umgang mit rechtsextremen Aktivitäten und Vorfällen wappnen. Hierzu benötigen sie sowohl inner- und außerverbandliche Formen der Beratung, Unterstützung und Qualifizierung als auch Verbandssatzungen, die einen Ausschluss von Mitgliedern mit bestimmten extremistischen Einstellungen vorsehen.

### 3.2 Bürgerschaftliches Engagement als Demokratie förderndes Potenzial

Eine Besonderheit des ländlichen Raumes ist die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Kommune, ihrer Region. Damit verbunden ist ein hohes Maß an Bereitschaft, sich für die Entwicklung des lokalen Umfelds zu engagieren. Untersuchungen zum freiwilligen Engagement (vgl. Gensicke/Geiss 2010, S. 15) machen deutlich, dass das zentrale Motiv, warum sich Menschen engagieren, ein grundlegendes demokratisches Anliegen ist: „im Kleinen etwas gestalten zu können“. Dies zu fördern, kann positive und demokratiefördernde Effekte auf die politische Kultur in einer Gemeinde haben. Die konkrete Ausgestaltung einer lokalen Engagement fördernden Infrastruktur und die Formen der Zusammenarbeit müssen hierbei auf die lokalen Verhältnisse, die bestehenden strukturellen Rahmenbedingungen sowie die Möglichkeiten vor Ort zugeschnitten sein. Neben der Definition von Potenzialen gilt es zudem, die Grenzen bürgerschaftlichen Engagements zu definieren, um Überforderungserscheinungen zu vermeiden. Um das bürgerschaftliche Engagement vor Ort zu fördern, können Kommunen bspw. Anlaufstellen zur Koordination bürgerschaftlichen Engagements in der Kommunalverwaltung einrichten, um die Aktivitäten sinnvoll aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Dabei ist wiederum auf die systematische Vernetzung unterschiedlicher Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu achten. Freiwilligenagenturen und -zentren, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen und weitere Einrichtungen können als wichtige Bausteine einer Engagement fördernden Infrastruktur angesehen werden. Insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik und der lokalen Verwaltung, aber auch die Landespolitik können die Arbeit und den Zusammenhalt bestehender Infrastrukturen, Bündnisse und Initiativen durch eine öffentliche Anerkennungskultur unterstützen.

Freiwilligen-  
agenturen

Kommunalpolitik  
Landespolitik

### 3.3 Kommunale Demokratieförderung durch Partizipations- und Beteiligungsstrategien

Als dritter präventiver „Baustein“ kann die Förderung von Beteiligungs- und Partizipationsstrukturen auf der lokalen Ebene angesehen werden. Gefestigte demokratische Strukturen zeichnen sich durch eine Vielfalt von demokratisch geprägten und demokratieförderlichen Institutionen und Prozessen in allen gesellschaftlichen Bereichen aus. Die anschaulichsten Möglichkeiten für politi-

sche Teilhabe liegen auf kommunaler Ebene. Daher eignet sich besonders die Kommune als Ort für neue und ergänzende Formen politischer Mitbestimmung.

Bürgerbeteiligung  
als kommunikativer  
Prozess

Kommunen experimentieren deshalb inzwischen verstärkt mit zusätzlichen Beteiligungsangeboten. Dazu zählen themenbezogene Foren wie bspw. Bürgergutachten, regelmäßige Beteiligungsgremien für spezifische Bevölkerungsgruppen, Bürger(beteiligungs)haushalte oder spezielle Formen der Engagementförderung. Allerdings ist hierbei nicht nur die Entwicklung neuer demokratischer Formen von Mitbestimmung, Methoden und Beteiligungsangebote von Bedeutung. Um grundsätzliche Barrieren der Bürgerbeteiligung zu verringern, wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl neuer Ansätze erprobt, in denen Bürgerbeteiligung nicht als formaler Akt, sondern als kommunikativer Prozess verstanden wird (z.B. Bürgerkonferenzen, Zukunftswerkstätten). Diese Ansätze und Verfahren sind zumeist themenspezifisch, projektorientiert und temporär angelegt und basieren im Wesentlichen auf der intensiven Zusammenarbeit in kleinen, überschaubaren Gruppen. Welche Methode die jeweils sinnvollste ist, muss von Fall zu Fall im konkreten Projekt abgewogen werden. Im Idealfall ist die Auswahl der Methoden selbst schon Teil des angestrebten Verständigungsprozesses.<sup>5</sup> Als unterstützende strukturelle Rahmenbedingungen der Bürgerbeteiligung und Partizipation können hierbei Moderatorinnen und Moderatoren, Kommunikationslotsen oder auch Mentorinnen und Mentoren angesehen werden. Sie können dazu beitragen, in bisher beteiligungsarmen Feldern Partizipation zu ermöglichen bzw. möglicherweise bestehende Barrieren zwischen einzelnen Gruppierungen abzubauen.

#### 4. Fazit

Vernetzungs- und  
Aktivierungs-  
strategien

Zusammenfassend kann vor dem Hintergrund der sich wandelnden Strategien der Rechtsextremen Folgendes festgehalten werden: Die regionalen und überregionalen Vernetzungs- und Aktivierungsstrategien zivilgesellschaftlicher und politischer Akteure sind zum einen konstitutives Element präventiver Handlungsstrategien. Zum anderen erlaubt ein systematisches Netzwerken mit Blick auf die „rechten Kümmerer“ eine schnellere „Entlarvung“ und Veröffentlichung dieser Strategien. Insbesondere das Engagement im Bereich politischer, sozialer und kultureller Jugendarbeit hilft, das Entstehen von Lücken in der (sozialen und kulturellen) Infrastruktur und damit das Eindringen rechtsextremer Strukturen zu vermeiden. Vernetzte Akteure „stärken sich gegenseitig den Rücken“ und ein nach außen hin gemeinsames Auftreten verschafft eine erhöhte Akzeptanz (z.B. in politischen Gremien). Zudem bieten Netzwerke die Möglichkeit, eigene Initiativen und Maßnahmen besser umsetzen zu können (z.B. kann auf ein breiteres Ressourcenspektrum zurückgegriffen werden) und über die fortwährenden Diskussions- und Austauschprozesse den eigenen Erfahrungs- und Wissenshorizont zu erweitern. Dem themenbezogenen, zielgerichteten und systematischen Netzwerken kommt somit in ländlichen Räumen eine besonders hohe Bedeutung zu.

Demokratiefördernde  
Potenziale stärken

Um rechtsextremen Aktivitäten vorbeugen bzw. ihnen begegnen zu können, ist es notwendig, die demokratiefördernden Potenziale in ländlichen Gemeinden



zu stärken. Dabei spielen einerseits meinungsbildende lokale Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle, die sich als „Vorreiter“ gegen Rechtsextremismus positionieren sowie die Bürgerinnen und Bürger zum Engagement für Demokratie ermutigen und sie über die Vorgehensweisen und Strategien der Rechtsextremen aufklären. Hierfür ist ein Zusammenspiel politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure unerlässlich. Wie sich im Modellprojekt gezeigt hat, können Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus die Entstehung solcher Vernetzungsstrukturen befördern und moderieren: Zum einen verfügen sie aufgrund ihrer eigenen Vernetzung über eine Vielzahl an Informationsquellen, was einem kontinuierlichen Informationstransfer dienen kann. Zum anderen können sie auf ein breites Spektrum an Methoden und Strategien der Problemanalyse und -lösung zurückgreifen. Des Weiteren bergen auch die institutionelle Öffnung für bürgerschaftliches Engagement und neue Formen der Bürgerbeteiligung Demokratie fördernde Potenziale – angefangen von Teilnahmeverfahren an Kitas und Schulen bis hin zu Bürgerbeteiligungshaushalten (vgl. z.B. Olk/Roth/Lenhart/Stimpel 2010).

Es wird dabei deutlich, dass die Aufrechterhaltung und der Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur im ländlichen Raum entscheidende Erfolgsbedingungen für das Handeln gegen Rechtsextremismus sowie „Kümmererstrategien“ darstellen. Dies können die Kommunen mit ihren begrenzten Ressourcen allein in der Regel nicht leisten. Deshalb ist es erforderlich auf Landes- und Bundesebene öffentliche Mittel zum Aufbau von Vernetzungsstrukturen und zur Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte in ländlichen Räumen zur Verfügung zu stellen. Nur auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund des demographischen und wirtschaftlichen Wandels zivilgesellschaftliche Strukturen gestärkt und Tendenzen einer antidemokratischen Vereinnahmung bekämpft werden können. Eine starke und aktive Zivilgesellschaft vor Ort – also handlungsfähige Vereine und Verbände wie etwa Sport-, Kultur- und Heimatvereine, Freiwillige Feuerwehren und Landjugend etc. – sind der beste Garant dafür, dass sich dumpfer Fremdenhass und Intoleranz nicht ausbreiten.

Die Fallstudie des Modellprojekts konnte zeigen, dass es insbesondere die stark ausgeprägte Homogenität und das Fehlen alternativer kultureller Ausdrucksformen sind, die es einzelnen Personen erschweren, sich öffentlich zu positionieren, gegen fremdenfeindliche Aktivitäten vorzugehen und ihre eigene Meinung öffentlich zu äußern. Die Gefahr ist groß, als „Nestbeschmutzer“ aus der Gemeinschaft ausgeschlossen bzw. sozial isoliert zu werden. Umso wichtiger ist es, dass sich (politische) Honoratioren öffentlich gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und rechtsextreme „Freunde und Helfer“ positionieren und zivilgesellschaftliche Akteure durch Vernetzung dafür Sorge tragen, sich öffentlich Gehör zu verschaffen und sich der drohenden Veralltäglichen von Rechtsextremismus entgegenstellen zu können.

Ausbau der sozialen  
und kulturellen  
Infrastruktur

## Anmerkungen

- 1 Das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ wurde vom 01.07.2007 bis 31.12.2010 durch das Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert. Es förderte Beratungsnetzwerke und Unterstützungsangebote nach rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Vorkommnissen und ergänzte das präventiv angelegte Förderprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. (<http://www.kompetent-fuerdemokratie.de>; Stand: 12.01.2012) Seit dem 01.01.2011 werden beide Bundesprogramme unter dem Programmtitel „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ weitergeführt ([www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de](http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de); Stand: 12.01.2012)
- 2 Für weitergehende Informationen empfiehlt sich die Lektüre der erarbeiteten Handreichung, in der neben der Beschreibung von Präventions- und Interventionsstrategien zudem in einem Serviceteil Checklisten, Mustermaterialien sowie Methoden und Literaturhinweise zusammenfassend aufgeführt werden (vgl. Beyer/Olk/Stimpel u.a. 2010).
- 3 <http://www.schaumburger-wochenblatt.de/content/artikel.php?a=115182> (Stand: 01.11.2011)
- 4 [http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4555/index\\_ger.html](http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4555/index_ger.html) (Stand: 12.01.2012)
- 5 Eine dezidierte Auswahl und Beschreibung von Methoden findet sich in Beyer/Olk/Stimpel u.a. 2010, S. 122ff.

## Literatur

- Beyer, Susanne/Olk, Thomas/Stimpel, Thomas/Pautzke, Andreas/Klein, Ansgar 2010: Gemeinsam handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum, hrsg. v. der Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Halle (Saale)/Berlin. (Download unter [http://b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/12/handreichung\\_gemeinsam\\_handeln.pdf](http://b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/12/handreichung_gemeinsam_handeln.pdf); Stand: 07.03.2011)
- Borstel, Dierk 2009: Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-)Bilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden, S. 58-74.
- Borstel, Dierk 2010: „Braun gehört zu Bunt dazu!“ – ein Bericht aus Anklam und Umgebung. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 9, Berlin, S. 245-258.
- DER SPIEGEL (2011): Allein unter Nazis. H. 1, S. 40-41.
- Fausser, Katrin/Fischer, Arthur/Münchmeier, Richard (Hrsg.) (2006): Jugendliche als Akteure im Verband. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Evangelischen Jugend. Opladen.
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004–2009. Hrsg. v. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin. ([http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3\\_20Freiwilligen-survey-Hauptbericht.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3_20Freiwilligen-survey-Hauptbericht.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf); Stand: 12.01.2012)
- Olk, Thomas/Roth, Roland/Lenhart, Karin/Stimpel, Thomas (2010): Beteiligungshaushalte und kommunale Bildungslandschaften – kann die Partizipation von Kindern und Jugendlichen durch subjektorientierte Finanzierungsinstrumente gestärkt werden? (unveröffentlichte Expertise im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung) (<http://wcms.uzi.uni-halle.de/download.php?down=22057&elem=2525773>; Stand: 12.01.2012)
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.) (2008): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. 2., teilw. akt. und erg. Aufl., Berlin.
- Simon, Titus (2009): Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Eine Arbeitshilfe. Es wächst nicht einfach Gras darüber... Hrsg. v. Bund der Deutschen Landjugend (BDL). Berlin.
- Stimpel, Thomas/Olk, Thomas (2012): Zivilgesellschaft stärken – Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Ergebnisse einer qualitativen Fallstudie. In: Beutel, Wolfgang/Fausser, Peter/Rademacher, Helmolt (Hrsg.): Jahrbuch Demokratiepädagogik. Bd. 1. Schwalbach/Ts. (im Erscheinen).